



# Presse Medien Information

**IG Metall**

Verwaltungsstelle Osnabrück

Hartmut Riemann

Tel. 0541/3 38 38 11 11

Mobil: 0171/9792152

homepage: [www.osnabrueck.igmetall.de](http://www.osnabrueck.igmetall.de)

15. Juni 2009

**“Betriebsrat und Insolvenzverwalter einigen sich !“  
“300 Entlassungen – Werkzeugbau bleibt erhalten !“**

**“Hoffnung für Transfergesellschaft!“**

**“Nach Eröffnung der Insolvenz Verhandlungen über einen Sanierungstarifvertrag!“**

**“Appell an die Automobilindustrie !“**

**Der Betriebsrat und der vorläufige Insolvenzverwalter einigen sich am Wochenende auf einen Rahmeninteressenausgleich und Sozialplan für die 1979 Beschäftigten der Fa. W. Karmann GmbH in Osnabrück und stellen damit die Weichen für einen Neuanfang des Unternehmens.**

**Statt der bereits öffentlich angekündigten 513 Entlassungen, werden nun 300 Arbeitsplätze wegfallen.**

Die Reduzierung der Entlassungen konnte insbesondere dadurch erreicht werden, dass der Werkzeugbau mit seinen 250 Arbeitsplätzen nicht geschlossen, sondern umstrukturiert wird. Es soll eine Neuausrichtung in der Weise geben, dass die Kernkompetenzen und branchenspezifischen Alleinstellungsmerkmale erhalten bleiben. Mit diesem Konzept werden 160 Arbeitsplätze gesichert.

Der weitere Abbau von 210 Arbeitsplätzen setzt sich zusammen aus einer Reduzierung in den verbleibenden Sparten der “Metall Gruppe“, der “Technischen Entwicklung“, des Bereichs “Dachsysteme“ und der “Zentralbereiche“, wo Dienstleistungen für alle Bereich erbracht werden.

„Wir sind somit zukünftig so aufgestellt, dass alle Unternehmensbereiche entwicklungs- und somit zukunftsfähig sind“, kommentiert **Wolfram Smolinski**, Betriebsratsvorsitzender des Unternehmens diese Struktur und

sieht damit „eine wichtige Forderung des Betriebsrats als erfüllt an“.

Infolgedessen ist das Unternehmen für mögliche Investoren attraktiv und kann parallel auf kurzfristige Aufträge flexibel reagieren.

Die derzeitige Unterauslastung des Betriebes soll durch die Einführung von konjunkturbedingter Kurzarbeit aufgefangen werden. Der Umfang hierzu wird gesondert geregelt, wobei alle Beteiligten davon ausgehen, dass sich die Auftragslage mittelfristig verbessern wird.

In diesem Zusammenhang appelliert **Hartmut Riemann**, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Osnabrück nochmals an die Unternehmen der Automobilindustrie, „alles zu unternehmen, um der Fa. Karmann in dieser Situation zu helfen. Insbesondere unter dem Aspekt, dass der größte Konkurrent, die Fa. Magna nun dabei ist, sich mit Opel zu verheiraten und somit Karmann als einziger unabhängiger Zulieferbetrieb für Komplettfahrzeuge übrig bleibt, sollte die großen Autokonzerne wachrütteln“, so **Riemann** wörtlich.

Obwohl aus den bekannten finanziellen Gründen das Zustandekommen einer Transfergesellschaft immer noch nicht endgültig gewährleistet ist, sind im Verhandlungsergebnis die Rahmenbedingungen festgelegt worden.

Aufgrund der knappen finanziellen Ressourcen wurde eine Mindestlaufzeit von 6 Monaten vereinbart, wobei das gemeinsame Ziel ist, dass eine 9-monatige Aufenthaltszeit erreicht wird.

„Wir haben einerseits das Problem, dass die Transfergesellschaft nach der Eröffnung der Insolvenz sofort starten soll und andererseits möchten wir auf jeden Fall verhindern, dass die Kollegen eine zweite große Enttäuschung erleben“, bringt **Smolinski** die einhellige Auffassung aus der Verhandlung auf den Punkt.

Die Transfergesellschaft soll dann ebenfalls den 1336 Betroffenen der letzten Kündigungswelle angeboten werden.

Eine weitere Barriere besteht noch darin, dass der Insolvenzverwalter die so genannten „Dreiseitigen Arbeitsverträge“ erst nach der Insolvenzeröffnung rechtswirksam unterschreiben kann. Nur wenn die Transfergesellschaft zeitgleich mit der Insolvenzeröffnung starten kann, brauchen die Betroffenen kein Arbeitslosengeld beantragen.

**Um für dieses Problem Lösungsmöglichkeiten zu erörtern, wird die Trägerin der Transfergesellschaft, die Fa. Schaffer GmbH, der Betriebsrat und die IG Metall die Betroffenen am Montag, den 22 Juni zu einer Informationsveranstaltung schriftlich einladen.**

Insgesamt sind die Beteiligten jedoch relativ zuversichtlich, dass die ca. 20 Mill. € für die Remanenzkosten gestemmt werden können und Wege für die Finanzierung gefunden werden.

„Hier appellieren wir an die Politik, dass die Zusagen für eine Unterstützung nun auch eingehalten werden“, fordert **Smolinski** an die Adresse der Politik.

Eine bittere Pille musste die Arbeitnehmerseite allerdings auch schlucken. Die Insolvenzverwaltung fordert eine 30-prozentige Personalkostensenkung. Der Grund hierfür ist insbesondere die nun vereinbarte größere Beschäftigtenzahl.

Die Arbeitnehmerseite ging hierzu eine Verhandlungsverpflichtung über einen Sanierungstarifvertrag nach der Eröffnung der Insolvenz ein. „Wir werden die Verhandlungen aufnehmen, aber der Insolvenzverwalter muss natürlich wissen, dass wir im Gegenzug Regelungen zur Beschäftigungssicherung fordern werden“, bemerkt **Riemann** und sieht als weitere Voraussetzung, „die Zumutbarkeit bei etwaigen Einsparungen“.